

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Ercheint monatlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mfr. Einzelnummern die gewöhnliche Postgebühr für Arbeitsblätter 75 Pf. Adressen- und Privatadressen 1 Mfr.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Telefon 535. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Rückfragen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Anzeigen-Nachnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 43.

Duisburg, den 27. Oktober 1917.

18. Jahrgang.

Das alte Lied.

Während die Arbeiterpreise, insbesondere auch die Gewerkschaftspreise nun schon seit Wochen aufwärts gegen die ewige Behauptung von den gewaltigen Bedürfnissen der Arbeiter innerhalb der Rüstungsindustrie, finden die Schermäher immer wieder neue Nachbeter. Sogar die Presse, die eigentlich Veranlassung hätte, die Interessen der Arbeiter mehr zu wahren, stellt sich hin und wieder in den Dienst der schmerzhaften Elemente in unserem Volke, denen ein nach seinem Rechte strebender Arbeiter ein Kreuz ist. So brachte die Coblenzer Volkszeitung folgenden Artikel in ihrer Nr. 389 vom 9. Oktober 1917:

Ueberspannung.

„Die als Folge der langen Kriegsdauer eine neue Umwertung aller Werte“ hat auf dem Arbeitsgebiete der Industrie nachgerade Formen angenommen, die zu ernstlichen Bedenken Anlaß geben. So berichtet der „Berliner“ (Nr. 257 vom 10. September ds. Jrs.) über eine vor dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins verhandelte Streikfrage das Folgende:

„Der Schlosser D. von der Firma S. u. Co., Grossmustraße, fordert den Kriegseinstieg, weil er glaubt, nicht mehr bei der Firma arbeiten zu können. In der Sache wird festgestellt, daß D. einen Wochenverdienst bei regulärer Arbeitszeit von 240 Mark erzielt hätte.“

Man vergegenwärtige sich, welche Preise der Reich der Firma S. u. Co. für ihre Erzeugnisse zahlen muß, wenn diese derartige Löhne bewilligen kann. Der Fall ist nicht leichtwegs vereinzelte, er bildet in unserer Rüstungsindustrie geradezu die Regel. In einer Auslassung über die Frage des früheren Theaterregisseurs bemerkt Direktor Schulz, Vorsitzender des Verbandes Berliner Bühnenleiter: „Ich könnte selbst an der Kasse feststellen, daß heute noch die Höhe des Eintrittspreises überhaupt nicht gefragt wird. Junge Leute aus dem Arbeiterstande kaufen häufig die letzten, teuersten Plätze.“ Was werden soll, wenn der Friede einkehrt und die ins Riesenhafte gestiegenen Löhne infolge Aufhörens der Kriegseinstellungen und unter der Einwirkung des gewaltig vermehrten Angebots von Arbeitskraft stürztartig sinken werden, — diese Frage bildet mit Recht den Gegenstand schwerster Sorge. Es gehört keine Prophetengabe dazu, schon jetzt vorauszusagen, daß eine tiefschneidende Ungleichheit in der Industrie-Arbeiterschaft als notwendige Folge der heutigen Ueberspannung plötzlichen wird. Das aber wäre Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie.“

So weit die Ausführungen der genannten Zeitung. Dieser andauernde Kampf gegen die „begehrtesten Arbeiter“ wäre zum Lachen, wenn die Sache nicht so traurig wäre. Man bedenke nur, die Coblenzer Volkszeitung bezeichnet in diesen Auslassungen solche Arbeiter der Rüstungsindustrie als Ausnahmen, welche unter 40 Mark pro Tag verdienen. Dabei erscheint die genannte Zeitung in einem Jahresberichte, welches ausgesprochen niedrige Löhne hat. Auf die Lohnhöhe in diesem Bezirke, dem mittelhessischen Industriebezirk, ist auch schon durch unser Verbandsorgan des öfteren hingewiesen worden. Wir möchten die bislang veröffentlichten Darstellungen noch etwas ergänzen. Von annähernd 600 befragten Arbeitern verdienen

14 Mann pro Tag	10—11 Mark.
68 Mann pro Tag	8—10 Mark.
173 Mann pro Tag	7—8 Mark.
201 Mann pro Tag	6—7 Mark.

Alle übrigen Leute mußten sich mit einem Lohn unter 6 Mark begnügen. Unter diesen letztgenannten Arbeitern befanden sich noch 31, welche unter 4,70 Mark pro Tag verdienten. Von 33 befragten Arbeitern der Firma Arnold Georg (Neumieb) hatten

4 Mann einen Stundenlohn von 70—73 Pfennig
8 Mann einen Stundenlohn von 60—68 Pfennig
10 Mann einen Stundenlohn von 50—58 Pfennig
4 Mann einen Stundenlohn von 31—40 Pfennig
7 Mann einen Stundenlohn von 20—25 Pfennig

Von 32 befragten Arbeitern der Concordiahütte (Bendorf) verdienen

12 Mann einen Stundenlohn von 48—60 Pfennig
10 Mann einen Stundenlohn von 61—70 Pfennig
10 Mann einen Stundenlohn von 70—80 Pfennig

Von 28 Befragten der Sagner Hütte in Sahn verdienen

12 Arbeiter einen Stundenlohn von 42—50 Pfennig
6 Arbeiter einen Stundenlohn von 33—35 Pfennig
4 Arbeiter einen Stundenlohn von 23—25 Pfennig
1 Arbeiter einen Stundenlohn von 190 Pfennig

Die Coblenzer Volkszeitung hätte wahrlich alle Veranlassung, innerhalb ihres Verbreitungsgebietes, in bezug auf die Lohnhaltung der Arbeiter etwas mehr nach dem Rechten zu sehen und nicht der Arbeiterkassette durch solche tendenziösen Auslassungen noch Anstoß zu geben wie die Zeitung. Ein weiterer Beweis, daß der angelegene Artikel wirklich tendenziös ist, liegt darin, daß man eine Forderung eines Berliner Bühnenleiters gestiffermaßen an den Haaren herbeizieht und ihn mit der Frage der Phantasie in Zusammenhang bringt. Wir sind gewiß die Meinung, welche einem hebräerischen Schriftsteler unserer Jugend das Wort reden. Wir sind aber auch davon überzeugt, daß der betreffende Bühnenleiter das Meiste der letzten, und teuersten Plätze durch Angehörige anderer Stände ganz in der Ordnung findet. Es scheint, als wenn diese Art in der Sache sich in dem Glauben befindet, als sei der Arbeiter nur ganz Günstler und zur Führung eines Opfers- und Erziehungswesen geschaffen, daß er kein Recht habe, teilzunehmen an den höheren Gütern der Kultur, wenn diese schließlich auch nicht von uns identifiziert werden mit den Vorstellungen vieler Berliner Bühnen.

Eine solche Auffassung muß entsetzlich zurückgeworfen werden. Besonders die gegenwärtige Zeit hat die hohe Bedeutung des Arbeiterstandes einwandfrei erweisen. Kampfer und Arbeiterkraft sind schließlich die stärksten Säulen im Existenzkampfe unseres Volkes. Wir verlangen als Arbeiter die Anerkennung unserer Gleichberechtigung auf allen Gebieten und die Arbeiter tun wohl daran, wenn sie sich immer mehr unter der Fahne der Organisation sammeln.

Nur durch diese gelingt es ihr, sich bessere Existenzbedingungen und den Anstoß auf eine frohe und glückliche Zukunft zu schaffen, die sie wahrlich verdient im Hinblick auf ihre gewaltigen Leistungen an der Front und in der Heimat.

Wir aber wollen unentwegt, allen Anfeindungen zum Trotz immer fester zusammenstehen im christlichen Metallarbeiterverband und unermüdet an seiner weiteren Entwicklung und Ausbreitung tätig sein. Das gebietet die Stunde.

Der Kampf der Unternehmer gegen das Hilfsdienstgesetz

nimmt seinen Fortgang. Ihr schärfster Widerspruch richtet sich bekanntlich gegen den Paragraph 9 Abs. 3 des Gesetzes, wonach die angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen als wichtiger Grund für den Wiedereinstieg zu gelten hat. In einer langen Eingabe hat die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände im vergangenen Frühjahr vom Chef des Kriegsamtes eine authentische Anleihe dieser Bestimmung verlangt, die den Wünschen der Unternehmer Rechnung tragen sollte. In Nr. 24 des Verbandsorgans haben wir gegen die Unternehmerforderungen in dieser Eingabe im einzelnen Stellung genommen. Kurzum kamt uns eine weitere Eingabe der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände an den Chef des Kriegsamtes, datiert vom 2. Juni ds. Jrs., zu Gesicht, worin der Faden der früheren Eingabe weitergesponnen wird. Von allen Dingen wird hier gegen das Streben des Arbeiters auf Erhöhung des Lohnes Sturm gelaufen.

Die Unternehmer verweisen zunächst auf die vorhin erwähnte Eingabe und fügen dem hinzu, daß die neueren Erhebungen über den Stellenmangel zwar einen Rückgang feststellten hätten, daß eine Beruhigung der Arbeiterkassette und eine Steigerung der Betriebsführung aber keineswegs eingetreten sei. Die Arbeiter legten fest den Hauptnachdruck nicht mehr auf den Wechsel der Arbeitsstelle, sondern suchten durch kollektives Handeln der Schlichtungsausschüsse seitens der Arbeiterausschüsse ihre Lohnforderungen durchzusetzen. Diesem kollektiven Vorgehen gegenüber seien die Unternehmer meistens machtlos und wo sie die Arbeiterforderungen ablehnten, seien die Schlichtungsausschüsse in der Regel geneigt, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Als abschließendes Beispiel wird auf Vorgänge in Berlin hingewiesen, wo die Schlichtungsausschüsse Lohnforderungen bewilligten, obwohl bisher schon ein Stundenlohn von 2,20 gezahlt wurde.

Demgegenüber ist doch zu bemerken, daß eine Verallgemeinerung der in Berlin gezahlten Löhne keineswegs angeordnet ist. Wenn die Berichte aller Schlichtungsausschüsse gesammelt und gesichtet werden könnten, würde sich bezüglich der Lohnhöhe und der gestellten Forderungen ein ganz anderes Bild, wie das von Berlin gezeichnete, ergeben. In ungeschätzten Betrieben, aus solchen der Kriegsrüstungsindustrie, gibt es auch heute noch Stundenlöhne, die weit unter der Hälfte der in Berlin angegebenen stehen. Wenn die Unternehmer andauernd gegen die Schlichtungsausschüsse Stellung nehmen, so ist immer wieder hervorzuheben, daß den Arbeitern das eine Möglichkeit gelassen werden muß, um ihre berechtigten Interessen zur Geltung zu bringen. Die Dringlichkeit der Kriegswirtschaft und die Sicherheit unserer Rüstung an der Front verlangen unabweislich, daß die einschneidende Wirtschaft nicht durch Arbeitskämpfe gehemmt und gestört wird. Die besonnenen und vernünftigen Arbeiter verzichten aus auf die Forderung

des Streiks. Damit sie aber nicht auf Gnade oder Ungnade dem Wohlwollen der Unternehmer preisgegeben sind, brauchen sie Organe, die auftretende Differenzen zu schlichten haben. Und für diese Fälle hat das Hilfsdienstgesetz ausdrücklich in weiser Voraussicht die Schlichtungsausschüsse geschaffen.

Die Unternehmeringabe vom 2. Juni macht dann einen weiteren Vorstoß gegen die Lohnpolitik der Arbeiter, indem sie die Beurteilung der Lohnverhältnisse auf Grund von Stundenlöhnen als irreführend bezeichnet:

„Durch Ueberstunden, außerordentliche Zuschüsse, billige Abgabe von Lebensmitteln oder Speisung in Fabrikfamilien gewähren die Werke ihren Arbeitern eine bei weitem höhere Löhnung, als die an und für sich schon hohen Stundenlöhne besagen. Die Löhne in der Rüstungsindustrie sind auf diese Weise, wie allgemein bekannt sein dürfte, auf eine ungesunde und unberechtigte Höhe gedrückt worden. Die Höhe der Löhne kann nicht durch die leider vorhandene Teuerung begründet werden, denn die Arbeiterkassette wird zum größten Teil bereits durch ihren Arbeitgeber billig versorgt, sie hat nicht die Möglichkeit, mehr Lebensmittel zu kaufen, als ihr durch Rationierung zugewiesen sind.“

Es ist ein bekanntes Trick der Unternehmer, für die Beurteilung der Lohnhöhe nicht die Stundenlöhne, sondern eine andere Berechnung, etwa Wochenlöhne oder Monatsentlohnungen zugrunde zu legen. Auf diese Weise können Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten usw. bequem mit eingerechnet werden. Auch sonstige Vergütungen können dann noch, wie es auch in dieser Eingabe verlangt wird, einbezogen werden. Auf diese Weise kommt dann unbeschreiblich hohe Einkommen zustande, die dann noch verallgemeinert und in der Öffentlichkeit systematisch verbreitet werden.

Daß die Unternehmer auch in dieser Eingabe wieder die völlig unzutreffende Behauptung aufstellen, die Löhne würden auf eine ungesunde und unberechtigte Höhe hinaufgedrückt, und könnten durch die vorhandene Teuerung nicht begründet werden, wird die organisierte Arbeiterkassette nicht weiter Wunder nehmen können. Diese, jeder Grundlage entbehrende Behauptung der Lohnpolitik der Arbeiter wird dadurch nicht wahrhaftiger, wenn sie in jeder Versammlung, in jedem Zeitungsausschnitt und in jeder Eingabe des Unternehmertums wiederholt wird.

Den Unternehmern muß alles zum Besten dienen; sogar die etwaigen Ersparnisse der Arbeiter wissen sie für ihre Zwecke auszunutzen. So behaupten sie in der Eingabe ebenfalls: „Die aufgeschwemmten Vorgebühren (überhöhten Lohn, b. M.), für die es nicht zu kaufen gibt, sind nur geeignet, die Arbeiterkassette unzufrieden mit der amtlichen Lebensmittelpartition zu machen. Dort aber, wo es gelingt, durch Schleichhandel zu Wucherpreisen Lebensmittel zu bekommen, wird die Beschaffung von Nahrungsmitteln auf gewöhnlichem Wege nur erschwert.“ Ergo müssen die Löhne herabgesetzt werden, damit die Arbeiter nur nicht durch ihre Ersparnisse unzufrieden gemacht und die amtliche Lebensmittelpartition nicht erschwert wird. Eine derartige Methode ist wirklich nicht mehr zu übersehen. Daß es Hungerkämpfende von Arbeiterfamilien gibt, die trotz der mehr oder minder gestiegenen Löhne unter dem Druck des Krieges großen Mangel und Not leiden, das ist den Unternehmern anscheinend unbekannt oder sie wollen nichts davon wissen.

Die Unternehmer suchen in ihrer Eingabe auch wieder auf große Gefahren für die Zukunft hinzuweisen. Die ungesunde Höhe der Löhne, so heißt es in der Eingabe, stelle eine große Gefahr für unsere zukünftige Wirtschaft dar, die alle Kräfte unserer vaterländischen Produktion mit schwerer Sorge erfüllen. Kein Unternehmer sei in der Lage, nach dem Kriege noch annähernd solche Löhne zu bezahlen. Die Arbeiter würden sich einer Herabsetzung aber zu widersetzen versuchen. Die Industrie gehe daher in gefährlichen Zeiten schweren Kämpfen entgegen. Schon jetzt habe die nicht unmittelbar für Heereszwecke arbeitende Industrie einen schweren Stand, namentlich durch die Beruhigung der Lohnverhandlungen in den Schlichtungsausschüssen würde die Arbeiterkassette zahlreicher Betriebe beunruhigt.

Hier wird wieder ganz offen ausgesprochen, daß die Unternehmer nach dem Kriege sofort mit Lohnherabsetzungen vorgehen wollen. Sie fürchten jetzt schon, daß sich die Arbeiter dem widersetzen. Das letztere wird allerdings zu erwarten sein, wenn nicht gleichzeitig auch die Preise für die notwendigsten Bedarfsartikel gesenkt werden. Es muß nämlich immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiter erst auf Erhöhung der Löhne gedrängt haben als die Lebenskosten erheblich gestiegen waren. Die Lohnherabsetzungen waren die Folge der Preissteigerung. Und die Löhne können erst dann wieder herunter gehen, wenn auch die Preise für die Vorratshaltung sich entsprechend verringern. In Einzelfällen, wo gegenwärtig besonders hohe Löhne gezahlt werden, werden Ausnahmen wohl in Kauf zu nehmen sein; aber im allgemeinen wird die Lohnpolitik der Arbeiter an dem vorhin dargelegten Grundsatze aller Entschiedenheit festhalten. Das gebietet ihnen die Pflicht der Selbsterhaltung. Eine weithinverbreitete Industrie wird auch ohne weiteres einsehen, daß sie bei dem ge-

wungen haben sich von 6,8 auf 12,8 Millionen Mark, der Ueberschuß hat sich von 6,8 auf 26,8 Millionen Mark erhöht. Die Dividende ist von 7,5 auf 18 Prozent gestiegen. Außerdem wurden 8,9 Millionen für besondere Rücklagen und Zubehörungen bereitgestellt und 4,3 Millionen Mark auf neue Rechnung vorgezogen. Für das letzte Friedensgeschäftsjahr lauten die entsprechenden Zahlen 0,6 Millionen und 1,5 Millionen Mark.

Brilliant haben die Velfenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke gearbeitet, die im ersten Kriegsjahre 1914-15 einen Reingewinn von 1,98 Millionen Mark, im Jahre 1916-17 von 5 Millionen Mark bei einem Aktienkapital von nur 4,5 Millionen Mark erzielten. Die Dividende ist von 12 auf 25 Prozent gestiegen.

Die Sächsische Gußstahl-Fabrik zu Döhlen bei Dresden hat ihren Reingewinn auf 9,6 Millionen Mark gegen 6,6 Millionen Mark im Vorjahre gesteigert und verteilt wieder 30 Proz. Dividende.

Auch die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft Berlin konnte ihre Gewinne und ihre Dividende stetig steigern. Die Gesellschaft, die im Jahre 1883 unter der Firma „Deutsche Edison-Gesellschaft für angewandte Elektrizität“ gegründet wurde und seit 1887 ihre jetzige Form führt, hat ihr Aktienkapital allmählich von 5 auf 200 Millionen Mark gesteigert. In den Geschäftsjahren 1911-12 bis 1915-16 betragen die Dividenden 13, 14, 10, 11, 12 Proz. Die Gesellschaft beschäftigt rund 80 000 Personen.

Die Gußstahl-Fabrik Witten in Witten verzeichnete einen Rohüberschuß von 7,4 Millionen Mark gegen 5,6 Millionen im Vorjahre. Die Abschreibungen betragen 1,7 Millionen Mark (1,2), die Dividende 27 Prozent (27, 18, 10).

Die Firma Adler u. Oppenheimer, Lederfabriken, Straßburg-Ringolsheim) erzielte im Durchschnitt in den letzten drei Friedensjahren einen Reingewinn von 1 981 000 Mark, im ersten Kriegsjahre einen solchen von 9 490 000 Mark, im zweiten und dritten einen solchen von 14 550 000 Mark. Wie sieht es um die Löhne der Arbeiter aus?



Unverständliche Maßnahmen.

Die deutschen Staatsbahnverwaltungen haben beschlossen, zweiseitige Einschränkung der Benutzung der Eis- und Schnellzüge eine enorme Fahrpreiserhöhung vorzunehmen. Es sollen erhoben werden auf ein Fahrgehalt bis zu 5 Mark 3 Mark Zuschlag, von 5-10 Mark 8 Mark Zuschlag, von 10-15 Mark 13 Mark Zuschlag, von 15-25 Mark 20 Mark Zuschlag, von 25-35 Mark 30 Mark Zuschlag, von 35-45 Mark 40 Mark Zuschlag usw. Die Zuschläge betragen also 60-100 Prozent. Ob durch eine solche Maßnahme der Zweck erreicht wird, wollen wir schwer bezweifeln. Es ist z. B. eine durch nichts zu rechtfertigende Ungerechtigkeit, daß der Munitionsarbeiter, der fern von Frau und Kinder ist, im Falle des Todes oder Krankheit in der Familie, den Zuschlag zum Fahrpreis zahlen soll.

Wenn man die Schnellzüge entlasten will, so sollte man dazu übergehen, die Benutzung derselben von einer gewissen Kilometerzahl abhängig zu machen oder man sollte die Benutzung der Eisenbahn überhaupt von dem Nachweis der Notwendigkeit durch die Polizei abhängig machen. Mancher Jäger, Rennsportbesucher, die Sonntag die Züge füllen, würden dann lieber auf eine Eisenbahnfahrt verzichten.

Der Munitionsarbeiter, der zur Heimat muß, kann diesen Nachweis erbringen durch den Urlaubsschein, den ihm sein Arbeitgeber im Urlaubsfall aushändigt.

Soll derselbe nun, weil ihm das Kleingeld für den Schnellzug mangelt, insoweit nichts anderes als den Personalausweis benutzen dürfen, so schämte man ihn die paar Tage Urlaub oder aber man entzieht ihm einige Tage mehr der Munitionsherstellung. Beides aber ist nach Möglichkeit zu vermeiden durch die Vorkauf von der Zahlung des Zuschlages. Daß dieser Beschluß mit seinen Folgen für das wirtschaftliche Leben schwere Bedenken hervorgerufen hat, beweist folgende Zeitungsmeldung:

„Der Hauptauschuß der bayerischen Kammer lehnte die Verantwortung für die geplante Erhöhung der Eisenbahntarife ab. Dem Verkehrsminister und der Eisenbahnverwaltung mußte es überlassen bleiben, die Erhöhung unter eigener Verantwortlichkeit durchzuführen.“

Das Einzige ist, wer Geld hat, kann die Schnellzüge jetzt immer noch benutzen. Nur den Armen trifft die Last.

Die Maßnahmen der Eisenbahnverwaltungen ist eine der rücksichtslosesten, die je getroffen wurde. Gegen sie muß mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 23. Oktober der 44. Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. Oktober bis 6. November fällig.



Krankentatbestimmung.

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, daß sie in allen Unrichtigkeiten sofort beim Vorstand der Verwaltungsgesellschaft zu melden und ihr Mitgliedbuch abzugeben haben. Die Meldung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Krankentatbestimmung ist für die fürfallende Zeit, sondern nur vom Tag der Meldung an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig in den Besitz der Unterstützung kommen wollen.



Die Verwaltungsgesellschaft Effen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines vierteljährlichen Extrabeitrages von 50 Pfg. an Stelle der bisherigen Delegiertensteuer. Nichtbeachtung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.



Die Verwaltungsgesellschaft Effen und Olpe erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines Beitrages von 30 Pfg. für die drei Klassen. Der Zuschlag für die 35-Pfg.-Gruppe soll 15 Pfg. betragen, und für die Beitragsklasse 10 Pfg. Nichtbeachtung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet

Beckdorf. Im Gasthof Graded fand hier selbst am Sonntag, den 14. Oktober, eine Vorstandskonferenz der Ortsgruppen des Deutschen Metallarbeiterverbandes der Kreise Allenkirch und Waldbröl statt. Vertreten waren 18 Ortsgruppen mit 70 Delegierten, darunter auch einige Kolleginnen. Neben dem gedruckten vorliegenden Bericht über die allgemeine umfangreiche Kreisarbeit des Verbandes, erstattete Gewerkschaftssekretär Kollege Mauer-Siegen den Bericht über die besondere Wirksamkeit des Verbandes im Bezirk. Die gewaltige Feuerung der Lebenshaltung hat im Laufe der letzten Zeit in zwölf Betrieben des Gebietes zu Lohnaufbesserungsbewegungen geführt, die zum Teil mehr oder minder befriedigend, zum größten Teil aber noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Die Beteuerungen, nach denen fast ein jedes der angegangenen Werke die höchsten Löhne im Bezirk zahlen will, führten zur Notwendigkeit von Lohnverhandlungen. Auf Grund dieser Ergebnisse konnte mancher dieser Einwendungen wirksam widerlegt werden. Bei vorliegenden Differenzen mußte in drei Fällen der Schlichtungsausschuß angerufen werden. Die übrigen Bewegungen konnten bislang auf gültigen Wege der unmittelbaren Verständigung zwischen den Werken, den Arbeiterausschüssen oder auch durch Verhandlung mit dem Verbandsbeamten erledigt werden. Der Bericht über die Tätigkeit des Verbandes in der Versorgungsfrage war ebenfalls sehr umfang- und erfolgreich, besagte auch der Bericht über die sonstige Wirksamkeit des Verbandes. Der Stand des Verbandes im Bezirk ist andernorts in erfreulicher Aufwärtsentwicklung besprochen. Die Besprechungen aus allen in Betracht kommenden Betrieben, gehören heute schon in mehr oder weniger großem Maße dem heimlichen Metallarbeiterverband an. Auch die Grubenmetallarbeiter folgen diesem Weg der Zeit immer mehr. Die dadurch, als auch durch die sonst vorliegenden gewaltig erweiterten Aufgaben, haben die denkbar größten Ansprüche an alle Verbandskräfte gestellt und wurden Wege gezeigt, wie sich auch diesen Verhältnissen anzupassen ist. In der nun folgenden Rede wurde erkannte die Redner aus allen Orten die ersten Erfolge und den nunmehr erfreulichen Stand des Verbandes in den Kreisen an. Durch die geleistete Kreisarbeit sei bis vor nunmehr 10 Jahren erstgütig die Gründung des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Kreise Allenkirch im Vordergrund gebracht worden und versprochen alle Delegierten mit neuen Kräften an der weiteren Ausbreitung und Stärkung des Verbandes nach in jenem wie auch in diesem Teil zu sein. Ganz besonders nahmen jedoch die Versorgungsfragen einen breiten Raum der Ansprache ein. Die diesbezüglich von dem Verbandsbeamten mit dem Landrat abgeführten Verhandlungen brachten manche Klärung und im nächsten werden die verantragten berechtigten Wünsche und Forderungen den zuständigen Stellen zur weiteren Veranlassung überwiehen werden. Mit dem Ausdruck des Dankes an die erschienenen Delegierten und Vorstände für die geleistete Mitarbeit nahm die anregende Tagung ihr Ende.



Altenhof (Oldenburg). Publika nach diesen Bemerkungen besuchte unser Verband in Gemeinschaft mit dem Kreislichen Holz- und Metallarbeiterverband die Lohnbewegung bei der Firma W. Salthaus, Maschinenfabrik, A.-G. Nunmehr sind nachfolgende Vereinbarungen zum Abschluß gebracht: Kriegszulage erhalten mit 5 Mark pro Woche sämtliche gelernten Arbeiter und solche, welche schon drei Jahre an der Maschine beschäftigt sind. Sämtliche ungelernen Leute über 18 Jahre erhalten eine Kriegszulage von 3 Mark, unter 18 Jahre von 2 Mark pro Woche. Beurlaubte erhalten eine Kriegszulage von 1 Mark pro Woche und eine Stundenlohnerrhöhung von 4 Pfg. Die Friedenszulage, welche nunmehr 5 Prozent, eine von 15 auf 20 Prozent erhöht. Alle bis ersten drei Heberstunden wird ein Zuschlag von 20 Prozent gewährt, weitere Heberstunden gelten als Nachtarbeit und werden mit 50 Prozent Zuschlag vergütet. Sonntagsarbeit bezahl. mit 50 Prozent Zuschlag. Außerdem wurde die Stundenlohnliste einer Durchsicht unterzogen und für eine Reihe von Arbeitern Verbesserungen erzielt. Die Abrechnungen gelten vorläufig für ein Jahr, mit der Beschränkung daß eine Minderung herbeigeführt werden kann, wenn die heutigen anormalen Lebensverhältnisse auch weiterhin die Lebenshaltung der Arbeiterschaft ungünstig beeinflussen sollten. Der bisherige Vertrag wurde gekündigt, da dieser völlig veraltet war. Aus den sehr schwierigen Verhandlungen mit der Betriebsleitung hat die Arbeiterschaft erneut erkannte, daß sie nicht unberücksichtigt lassen soll, bis auch der letzte Mann sich dem Verband angeschlossen hat. Einigkeit macht stark.



Sietelshof. Auch in Sietelshof kamen die Metallarbeiter und Arbeiterinnen während der Kriegszeit zur Einigkeit, daß es ohne Verband doch nicht mehr geht. Dieses trifft besonders für den Betrieb von Miele u. Co. zu. Heute ist dort eine ansehnliche Anzahl der Belegschaft bei uns organisiert. Durch den Arbeiterschuß sind der Firma die Wünsche der Arbeiterschaft übermitteln worden. Nach recht langer Verzögerung kam es zu nachfolgenden Zugeständnissen: 1. Mit Wirkung vom 1. 9. ds. Js. ab bezahlt diese Firma folgende Feuerungszulage: a) Verheiratete Arbeiter und Arbeiterinnen, die Kriegskämpfer mit einem Tagesverdienst bis einschließlich 12 Mark 6.— pro Monat Mark 20.— b) Verheiratete Arbeiter mit einem Tagesverdienst von über 12 Mark 6.— bis einschließlich 18 Mark 9.— pro Monat Mark 10.— c) Alle verheirateten Arbeiter — ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Verdienstes — für jedes Kind unter 14 Jahren eine Zulage von Mark 2.— pro Monat. d) Ledige Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre mit einem Tagesverdienst bis einschließlich 12 Mark 6.— pro Monat Mark 10.— e) Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren, sowie Lehrlinge, die im Lohn arbeiten, pro Monat Mark 6.— f) Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren, sowie Lehrlinge, die im Werk arbeiten, pro Monat Mark 13.— Haben Arbeiter und Arbeiterinnen nicht den ganzen Monat gearbeitet, dann erhalten sie den entsprechenden Teil der monatlichen Feuerungszulage. Die erste Auszahlung dieser Feuerungszulage findet am 5. Oktober ds. Js. statt. 2. An Zuschüssen und an Tagen vor geschlossenen Heberstunden wird bei durchgehender Beschäftigung bis 1 1/2 Uhr gearbeitet. Bei der Begrenzung der Tage sollen Heberstunden nicht eingerechnet werden. Ferner sollen bis 15. Oktober alle niedrigen Stundenlöhne und Nachtlöhne aufgehoben werden.

Nun aber ihre Kollegen und Kolleginnen bei Miele u. Co., jetzt gilt es, weiter zu organisieren. Wer die Verhältnisse in Sietelshof beobachtet, dem muß doch die Notwendigkeit der Organisation klar sein. Bewerkschaft ohne jede Ermüdung den Ausbau unseres Verbandes. Es darf keine unorganisierten Metallarbeiterinnen noch Mitarbeiter in Sietelshof geben, die nicht Mitglieder unseres heimischen Metallarbeiterverbandes sind.



Hamborn, Sonntag, den 23. September fand in Hamborn-Margloh eine große Mitgliederversammlung statt. Zahlreich waren die Kollegen und Kolleginnen aus Groß-Hamborn erschienen, so daß der große Saal beim Gastwirt Reitenbach die Massen nicht zu fassen vermochte. Seit es doch in dieser Versammlung unseren Verbandsvorstehenden Kollege Miele in unserer Mitte zu begrüßen und aus seinem Munde die wichtigen Aufgaben der Metallarbeiter zu hören. Kollege Miele eröffnete die Versammlung und begrüßte unter freudiger Zustimmung der Anwesenden unseren Kollegen Miele. Einleitend bemerkte er, daß es schon lange der Wunsch gewesen sei von den Hamborner Kollegen, unseren Verbandsvorstehenden in ihrer Mitte zu sehen. Jetzt aber, wo sie einen gewaltigen Schritt vorwärts in der Mitgliederzahl gemacht hätten und täglich im Wachstum begriffen sind, wäre es besonders zu begrüßen, heute ihren Wunsch erfüllt zu sehen. Hierauf nahm Kollege Miele das Wort. In andertehalbständigem Vortrag erklärte Miele den anwesenden Kollegen und Kolleginnen die Hauptaufgaben des Verbandes. Er führte etwa folgendes aus: Geistige Schulung, soziale und wirtschaftliche Hebung der Mitglieder sind die Hauptaufgaben des Verbandes. Der Krieg zeigt uns Deutschen so recht, daß es nur durch Zusammenfassung der Kräfte möglich ist, denselben bis jetzt zu unserem Vorteil zu führen. Die deutsche Arbeiterschaft sollte daran lernen. Die geistige Schulung und Hilbung der Mitglieder trägt auch zu den Erfolgen des Krieges mit bei. Die deutschen Arbeiter haben schnell die Lage des Krieges begriffen. Dieses ist hauptsächlich die Ausprägung der gewerkschaftlichen Organisationskraft zu bedanken. Auch das Hilfsdienstgesetz verlangt zum Mitwirken nur geschulte Arbeiter, die das Ganze erfassen. Diesem trägt die organisierte Arbeiterschaft voll Rechnung. Die soziale Hebung des Arbeiterstandes ist von großer Wichtigkeit. Hier gilt es aber für den Arbeiterstand in dieser Hinsicht noch immer weiter streben, da er das Fundament des Volkes bildet, worauf sich der ganze Staat aufbaut. Die wirtschaftliche Hebung ist eigentlich der Hauptpunkt der Organisation. Der Einzelne ist nicht fähig seine Angelegenheiten zu verbessern. Nur durch den Zusammenschluß mit seinen Kollegen wird der Schwache stark. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen konnte schon längst besser sein, wenn die Arbeiterschaft sich einig war. Den Gegenbeweis haben wir in den Gegenden wie Oberschlesien und Saarrevier, wo die Arbeiter weit niedrigere Löhne erhalten als im Ruhrrevier. Damit ist nicht gesagt, daß hier im Ruhrrevier die Löhne ausreichend sind. In Oberschlesien und Saarrevier haben die Arbeiter jahrelang gekämpft, von keiner Organisation etwas wissen wollen und hatten sich zum Teil den sogenannten wirtschaftsfriedlichen Werksvereinen angeschlossen; daher auch die niedrige Bezahlung ihrer Arbeit, trotzdem ebenso schwer und anstrengend gearbeitet werden muß wie im Ruhrrevier. In der letzten Zeit haben auch diese Arbeiter sich eines Besseren belehren lassen und schloßen sich der gewerkschaftlichen Organisation an. Nur eine frei stehende Arbeiterschaft wird sich im deutschen Vaterland wohl fühlen und ihre ganze Kraft mit innerer Ueberzeugung dem Volksganzen widmen. Eine Arbeiterschaft wie die Wirtschaftsfriedlichen kann durch ihre Bestrebungen niemals dem Arbeiterstand von Nutzen sein. Der innere Ausbau unserer Organisation ist unsere nächste und größte Aufgabe in der Zukunft. Durch den Zusammenschluß der Arbeitermassen, die in den großen Werken beschäftigt sind, wird in der Zukunft auch das Verhältnis gegenüber den Arbeitern geändert. Das Unternehmertum stellt sich leider immer noch der Arbeiterschaft feindlich gegenüber. Nach dem Kriege muß ein besseres Verhältnis Platz greifen. Hierzu bietet dieser Krieg das beste Mittel für die Arbeiterschaft. Gerade wir Arbeiter haben doch ein großes Interesse an dem Gelingen der Großindustrie haben doch die Arbeiter mit den Arbeitgebern auch eine ganze Reihe gemeinsamer Interessen. Die Industrieferren die das Vertrauen ihrer Arbeiter besitzen wollen, müssen auch mit den Arbeitervertretern, den Gewerkschaftsführern, verhandeln, was leider bis jetzt meistens nicht der Fall ist. Von großer Wichtigkeit ist ein glücklicher Sieg für unser Vaterland. Langanhaltender Beifall aller Anwesenden lohnte Kollege Miele für seine Ausführungen. Kollege Miele erwähnte die Anwesenden zur neuen Werksarbeit und neuer Begeisterung für unseren Verband. Mit dem festen Versprechen, nicht zu erlahmen, bis daß der letzte Metallarbeiter und die letzte Metallarbeiterin sich unserem Verband angeschlossen, fand die fruchtbringende Versammlung ihr Ende.



Georgsmarienhütte. Die Lohnbewegung auf der Georgsmarienhütte, hat mit einer Versammlung am 11. d. M. ihren Abschluß gefunden. Der Erfolg ist: Eine Lohnerhöhung von 1 Mark pro Schicht gleich 20 Prozent für die erwachsenen männlichen Arbeiter, von 50 Pfg. bis 1 Mark pro Schicht für die Arbeiterinnen, von 50 Pfg. bis 1 Mark für die jugendlichen Arbeiter und 50 bis 70 Pfg. für die Beurlaubten. Außerdem erhalten die Maschinenisten 11 statt bisher 10 Stunden bezahlt, für Heberstunden wird ein Zuschlag von 10 Prozent gewährt, und den Zuschlag von 25 Prozent für Sonntagsarbeit sollen in Zukunft alle Arbeiter des Werkes erhalten. Damit sind die Forderungen der Arbeiter im Ganzen genommen zu drei Viertel bewilligt worden. Kollege Arbeitersekretär Jagemann konnte mit Recht sagen, es gehöre viel Ueberwindung dazu, angesichts der geradezu glänzenden Geschäftslage des Georgsmarienhüttenwerkes, der Versammlung zu empfehlen, mit dem vorliegenden Ergebnis vorläufig zufrieden zu sein und die Lohnbewegung zu beenden. Immerhin ist für sämtliche Arbeiter des Werkes ein solcher Erfolg erzielt worden. Verhältnismäßig am höchsten Gehältern haben die Arbeiterinnen, diesmal war aber nicht mehr zu erreichen. Bei der nächsten Gelegenheit haben sie Anspruch darauf, an erster Stelle berücksichtigt zu werden. Der bei dieser Lohnbewegung auf der Georgsmarienhütte erzielte gewerkschaftliche Erfolg ist nicht der erste in diesem Jahre. Ähnliche Lohnbewegungen sind in...

durchschnittlich 70 bis 80 Pfg. pro Schicht aufgebessert worden und sämtliche Arbeiter des Werkes haben eine Teuerungszulage von 30 Pfg. erhalten. Bestere kam auch nicht von ungefähr. Die Direktion hatte erst 2 Monate vorher die Teuerungszulage erhöht und damals sicher nicht die Absicht gehabt, in so kurzer Zeit eine neue Zulage zu gewähren. Sie sah aber, daß die Arbeiter anfangen, sich zu rühren und glaubte, sie mit der Teuerungszulage zufriedenstellen zu müssen.

In der Versammlung warf der Kollege Hagemann die berechtigte Frage auf, warum dieser Erfolg nicht schon im vorigen Jahre hat erzielt werden können, dann hätte der größte Teil der Arbeiter im letzten Jahre 300 bis 400 Mark mehr verdient als jetzt. Die Antwort darauf kann nur lauten: Weil die Arbeiter noch nicht organisiert waren, weil sie glaubten, den Gewerkschaftstag sparen zu müssen, zum eigenen großen Schaden und zum Nutzen der Aktionäre des Georg-Macken-Werkes. Man darf ermahnen, daß die Arbeiter aus dieser Bewegung die Nutzenwendung ziehen. Sie haben gesehen, wie große Vorteile ihnen der gewerkschaftliche Zusammenschluß bringt. Unsere Mitglieder werden treu zum gewerkschaftlichen Metallarbeiterverband halten und dafür wirken, daß auch die wenig Aktivistischen sich ihm anschließen. Das ist die wichtigste Voraussetzung, um die gegebenen Zeit weitere Verbesserungen durchsetzen zu können und die für ungünstigen Lohnverhältnisse so zu gestalten, wie es notwendig ist.

Sitzung (Mg. 8 U.). Die Lohnverhältnisse auf der Hauptwerke der Westfälischen Eisenbahngesellschaft erzielten den Arbeitern kein entsprechendes Einkommen. Die Arbeiter sahen sich daher veranlaßt, an unseren Verband heranzutreten, um durch die Organisation bessere Lohnverhältnisse herbeizuführen. Nicht zum ersten Male machten die Arbeiter den Versuch, durch die Organisation ihre Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Der Direktion gelang es jedoch jedes Mal durch geeignete Schmeicheleien, Entlassung von Arbeitern usw. die Organisation im Keime zu ersticken. Auf diese Tatsache wurden die Arbeiter, als sie sich an den Verband wandten, aufmerksam gemacht und ihnen nahegelegt, daß sie unter allen Umständen, wenn sie etwas erzielen wollten, fest zur Organisation stehen mußten, ganz gleich, welche Schmachtsache von der Direktion angewandt werden, hinter dieser Voraussetzung schließen sich die Arbeiter dem Verbande an, um so gemeinsam ihre Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, 20 Pfg. Lohnzulage pro Stunde und für Überzeitarbeit 25 Prozent Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag zum Lohn zu fordern. Nach beschlossener Verhandlung mit der Direktion wurden die Löhne einzelner Arbeiter zufriedenstellend ausgearbeitet, andere hingegen erhielten nur Zuschläge von 2-5 Pfg. pro Stunde. Als der Arbeiterausschuß nochmals vorstellig wurde, forderte die Direktion ihn auf, eine Liste der Arbeiter einzureichen, die nicht genügend berücksichtigt worden seien. Nach Einreichung einer bereitwilligen Liste wurde dieselbe zurückgewiesen, weil Bolen darauf enthalten seien. Eine weitere Liste wurde ebenfalls zurückgewiesen, weil Befreiungen auf der Liste standen. Dieses Vorgehen haben die Arbeiter als Verhöhnungspolit der Direktion an und haben einstimmig den Beschluß, den Schlichtungsausschuß beim als Einigungsinstanz anzureufen. Am 26. September wurde dann am Schlichtungsausschuß verhandelt und nachfolgendes Ergebnis erzielt. Alle Arbeiter über 18 Jahre erhalten sofort 10 Pfg., am 1. Oktober 5 Pfg. und ab 1. November weitere 5 Pfg. Zulage pro Stunde. Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren erhalten die Hälfte der Höhe. Lehrlinge schließen sich dem Schlichtungsausschuß an. Hiermit erklärte sich die Arbeiter einverstanden. Nachdem bei den ersten Verhandlungen die Direktion erklärt hatte, für Überstunden keine Zuschläge zu zahlen, weil es ihr unangenehm sei, wenn keine Überstunden gemacht würden, wurde diese Frage am Schlichtungsausschuß nicht verhandelt. Die Arbeiter waren damit einverstanden, daß keine Überstunden mehr gemacht werden sollen. Wenn aber die Firma wieder Überstunden verlangte, dann würden die Arbeiter auf ihre Forderung wieder zurückgreifen. Leider stellte sich der Schlichtungsausschuß in der Frage der Befreiung auf Seite der Firma. Dies ist unzulässig, weil die Befreiung in der Hauptsache Löhne beziehen, die absolut in die jetzige Zeit nicht mehr hineinpassen. Zudem müssen aber die Befreiungen einsehen, daß sie mit den älteren Kollegen zusammen im Verbande weiter arbeiten müssen, um das Arbeitsverhältnis befriedigend anzupassen. Für die Arbeiter vor großem Interesse waren die Ausführaugen des Sekretärs der Firma am Schlichtungsausschuß, indem derselbe erklärte, die Arbeiter brauchen nicht die Verdienste wie in großen Städten, weil viele ein eigenes Häuschen mit etwas Land hätten und so schon zur Befriedigung ihrer Lebensunterhaltung beitragen könnten. Man haben die Arbeiter der landlichen Orte das Häufel gewiß, warum sie ländlich arbeiten sollen. Zum Dank dafür, daß die Arbeiter sich haben ihrer Verantwortung in den Überstunden und Sonntags ihre Kraft in Gastarbeit vollends erschöpfen, verlangt der Unternehmer, daß dieselben nun auch noch billiger arbeiten sollen. Wir waren hier jetzt der Meinung, daß die Arbeiter auf Grund ihrer Leistungen in der Überarbeit bezahlt werden. Haben wir doch auch noch nie ein einzelner Arbeiter das Angebot gemacht, weil gerade das das einzige billige Grund und Boden hat, welches das das einzige Kapital bedeutend verleiht, auch nicht Löhne zahlen soll, als der Arbeiter in der Stadt.

Den Kollegen von Schlar mag aber diese Bewegung reichen, wie sie ihre Verantwortung besser können. Ein solcher Erfolg wurde erzielt, arbeiten wir deshalb lieber in der Organisation um alten Fortschritten gewöhnter, entgegen zu können. Weiterhin müssen unsere Kollegen davon folgen, daß die Organisation angeordnet wird. Die Metallarbeiter auf den Gruben müssen dem Verbande beigetreten werden. Die Gruben der G. S. G. hat ganz die nächsten Löhne dieser Arbeiter herab und erklärt, nicht mehr zahlen zu können als die Handwerker in den Staatsfabriken und verdrängen Kollegen, zeigt den Grubenarbeitern, wie erfolgreich ihre Interessen im gewerkschaftlichen Metallarbeiterverband werden und fordert sie auf, einmütig dem Verbande beizutreten, damit der gewerkschaftliche Metallarbeiterverband in die eine dauernde Höhe und für alle Metallarbeiter im Reich.

Sitzung. Am Sonntag, den 7. Oktober, fand unsere sehr gut besuchte monatliche Mitgliederversammlung statt. Es waren auch zahlreiche Metallarbeiter-Kollegen von den benachbarten Werken erschienen. Kollege Penzmeier hatte den Vortrag übernommen. Einleitend schilderte er die gegenwärtige Lage. Unsere Feinde, besonders England, wollen trotz aller Friedensbewegungen von einer Verständigung nichts wissen. Das deutsche Volk muß daher wieder mit seiner Existenz und Zukunft kämpfen. Die Arbeiterklasse ist gewillt auch für die weitere Dauer des Krieges ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun. Andererseits zwingen uns aber die Verhältnisse mit Rücksicht auch die Interessen unseres Standes wahrzunehmen. Dazu sind wir Arbeiter um so mehr bereit, weil wiederholt festgestellt werden konnte, daß von anderen Kreisen nicht immer die notwendige Rücksicht auf die Notlage der Arbeiterklasse und der Arbeiterfamilien genommen werden ist. Neben dem Preis für unerschütterlichen Preissteigerungen bei Lebensmittel und allen übrigen notwendigen Bedarfsartikeln. Wichtigste Lebensmittel sind um das Zweifache dreifache und mehr im Preise gestiegen. Der Kartoffelpreis hat eine bedenkliche Höhe erreicht. Apfelkleeber wurde man vor dem Kriege für 5-7 Mark und heute werden bereits 30-40 Mark dafür gefordert. Dieser Preisverhöhung mußte doch endlich Halt geboten werden. Wir Arbeiter haben heute mit einer Verteuerung der Lebensweise von 120 bis 140 Prozent zu rechnen. Demgegenüber sind die Löhne im allgemeinen bei weitem nicht genügend gestiegen. Wir haben in unserem Bestreben nach damit zu rechnen, daß tausende von Metallarbeitern Löhne von unter 1 Mark pro Stunde beziehen. Die Löhne der höchsten Fachmetallarbeiter betragen gegenwärtig 70 Pfg. pro Stunde. Das mit derartig niedrigen Löhnen nicht auszukommen ist, sollte auch den Unternehmern bekannt sein. Jedoch aus eigenen Interessen werden die Werke nicht dazu übergehen und die Löhne herabzusetzen. Die Arbeiter tragen selbst die größte Schuld an den schlechten Verhältnissen. Es hat an der notwendigen Organisiert und Organisation gekehrt. Wo die Arbeiter gut organisiert waren, konnten auch namhafte Verbesserungen erzielt werden. Referent führte verschiedene Beispiele an, wo es ermöglicht wurde, die Stundenlöhne um 15-25 Pfg. zu steigern. Daraus mußten die Kollegen die Aufmerksamkeit ziehen und auffordern in den Betrieben wirken. Es darf nicht eher gerührt werden, bis der letzte Mann organisiert ist. Dem Vortrage folgte reichlicher Beifall und eine lebhafte Diskussion. Ferner berichtete Kollege Gieseler über die Tätigkeit unserer Kollegen in den kommunalen Kommissionen. Es wurde allseitig begrüßt, daß eine Gehörung der Konzentration vorgenommen werden soll. Bezüglich der Konzentration wurde der dringende Wunsch laut, daß 10 Pfund pro Person gegeben werden müßten. Die Kommissionsmitglieder und Verbandsleitung wurden beauftragt, dafür einzutreten. Nachdem noch verschiedene innere Angelegenheiten erledigt waren, fand die schon verkündete Versammlung ihr Ende.

Defide. Während der Lohnbewegung auf der Georgmarienhütte sind unsere Kollegen an dem Nachbarn der Firma Deutsche Eisenbahn-Signalarbeiter, Abteilung G. Stahmer nicht untätig geblieben. Sie haben eine tüchtige Mitgliederwerbung betrieben und von den circa 400 Arbeitern und Arbeiterinnen nahezu 90 Prozent unserem christlichen Metallarbeiterverbande zugeführt. Dieses verdient umso mehr Anerkennung, als die wenigen damals vorhandenen Kollegen die Mitgliederwerbung aus eigenem Antrieb und ohne größere Vermittlungen betrieben haben, das vielen Kollegen zur Nachahmung dienen kann.

Die Lohnverhältnisse bei der Firma lassen auch viel zu wünschen übrig. Die geringe Erhöhung des Arbeitsverdienstes besteht in der Teuerungszulage, die für die Arbeiterinnen, jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge 2 Pfg. pro Stunde, für die erwachsenen ledigen Arbeiter 4 Pfg. für verheiratete Arbeiter ohne Kinder 5-8 Pfg., für verheiratete Arbeiter mit einem Kinde 6-8 Pfg., mit 3 Kindern 7-9 Pfg. und mit 5 Kindern 8-10 Pfg. pro Stunde beträgt. Der eigenständige Lohn ist nicht erhöht worden. Es haben im Gegenteile noch jetzt Akkordzulagen festgehalten. Die Fabrikversammlung am Sonntag, 7. Okt., schloß daher die Forderungen auf, daß vom 1. Oktober ab 1. monatliche Akkordzulagen und der Stundenlohn für die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter um 25 Prozent, 2 der Stundenlohn für die im Lohn arbeitenden Handwerker, ungewerkten Arbeiter und Hilfsarbeiter um 12 Pfg. die Stunde, 3. der Lohn für die Lehrlinge um 15 Pfg. im ersten Lebensjahr, 20 Pfg. im zweiten, 25 Pfg. im dritten und 30 im vierten Lebensjahr erhöht und 4 der Zuschlag für Überstunden und Sonntagsarbeit nach dem wirklich verdienten Lohn und nicht wie bisher nach beider niedrigeren Löhnen berechnet werden soll. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, der Direktion diese Schritte zu unterbreiten. In der Versammlung kamen auch verschiedene Rappträge bezüglich der Befreiung der Arbeiter zur Sprache. Der Sachverständige, Kollege Hagemann sagte zu, daß dagegen eingeworfen werden solle. Durch das Eingreifen unseres Verbandes ist inzwischen in der Befreiung der Arbeiterinnen schon eine Besserung eingetreten. Angehende Gutgläubigkeit wurde einmütig angenommen.

Die am 7. Oktober im Böllerschen Saal in Defede versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Deutsche Eisenbahn-Signalarbeiter, Abteilung G. Stahmer, Georgmarienhütte, bringen hiermit zum Ausdruck, daß ihre Lohnverhältnisse weder mit der gegenwärtigen Teuerung noch mit den Löhnen gleichzeitiger Betriebe im Einklang stehen. Die gegenwärtige Teuerungszulage schafft keine ausreichenden Ausgleich zwischen den Lebensmittelpreisen und dem Lohnverdienst. Sie halten daher eine dringende Erhöhung des Lohnes für dringend notwendig und pressen die Erforderung aus, daß die durch den Arbeiterausschuß zu unterbreitenden Forderungen von der Direktion bewilligt werden. Als Arbeiter einer für die Fortführung des Krieges keineswegs wichtigen Industrieanlage, sind sich die Versammelten ihrer großen Verantwortung bewußt. Auch sind sie bereit, trotz großer Opfer anzuharren, bis zu einem die Zukunft des Vaterlandes sichernden Frieden ist aber die jetzt ganz besonders unerträgliche Arbeitslast zu erdulden und das Durchhalten in gegenwärtiger Zeit zu ermöglichen, ist es notwendig, die Löhne in ein besseres Verhältnis zu den Anforderungen für den Lebensunterhalt zu bringen, als sie es jetzt sind.


Mitglieder. In einer namentlich von der jugendlichen Arbeiterklasse gut besuchten Versammlung am 16. September sprach Bezirksleiter Kollege Gengler über: Jugendarbeit während des Krieges. Besprochen wurden weiterhin die Lehroerträge und die Kriegsarbeit der Lehrlinge. Als Forderung stellte der Redner auf, daß für das gesamte Lehroerhältnis eine neue Grundlage geschaffen werden muß. Die heutigen Lehroerträge werden meistens nur Opfer von Schülern und dessen Eltern, erkennen nicht an, daß der Lehrling auch arbeitet. Früher hat der Lehrling neben einem Taschengeld noch einen Lohn und Wohnung beim Lehramt erhalten. Dies hat man jetzt durchweg aufgehoben, ohne aber eine andere gleichwertige geldliche Entschädigung zu gewähren. So ist es leider vielen Arbeitern passiert, die sehr unter dem Druck der Teuerungszulagen verfallen sind, nicht mehr möglich, ihre eigene einen Beruf lernen zu lassen. Das ist schädlich. Die deutsche Industrie und das Handwerk braucht für die Zukunft als Qualitätsindustrie Facharbeiter. Auch für die eigene Zukunft des Arbeiters ist es besser, wenn ihm in jungen Jahren die Möglichkeit der Erlernung eines Berufes gegeben ist. Dann muß die Lehre auch so beschaffen sein, daß der Lehrling auch etwas lernt. Inzwischen hat sich mit einer gleichzeitigen Beschäftigung zu werden, wie es schon vor dem Kriege üblich war. Hier will die Organisation auch dem jugendlichen Helfern zur Seite stehen. Je mehr diese bei der Jugendklasse des Verbandes anschließen, desto eher ist es möglich, sich der Interessen und der Lage der Lehrlinge anzunehmen. Mühselt der älteren Arbeiter ist es auch, sich ihren jugendlichen Kollegen helfend zur Seite zu stellen.

Im Namen der Versammlung sprach Kollege Kehler dem Kollegen Gengler für seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag den Dank aus, den Wunsch ausdrückend, daß alle in der Zukunft treu und uneigennützig zum christlichen Metallarbeiter-Verband stehen und für dessen Ausbreitung eifrig werden.

Versammlungs-Kalender

- Freitag, den 28. Oktober 1917:**
Duisburg, morgens 11 Uhr bei Meyer, Wilhelmstr. 2. Hofstr. 3.30 Uhr Volkunterhaltungsabend bei Bongart, Vanheimerstraße 98.
Duisburg, Mülheim, Oberhausen. Branchenversammlung der Fachmetallarbeiter findet um 3 Uhr bei May Schmidt, Harmoniestraße 59 in D. Muehrt statt.
Essen, Nachm. 4 Uhr bei Dören, Rubenstraße.
Essen, Essen, Abends 7 Uhr bei Bönges, Bäminghausstraße 145, Sektionsversammlung.
Essen, Essen, Abends 7 Uhr bei Pattberg, Bonnerstraße, Sektionsversammlung mit Frauen.
Essen, Essen, morgens 11 Uhr bei S. Philipshaus, Diergardtstraße, Sektionsversammlung.
Essen, Essen, Ortsverwaltung. Nachmittags punkt 4 Uhr im Lokale Dierkes, Vereinsstraße 59. Quartals-Generalversammlung. Alle anderen Veranstaltungen fallen an diesem Tage aus.
Wiedorf, Abends 7 Uhr im Lokale Steinacker. Referent: Kollege Gebhorn-Solingen.
Dienstag, den 30. Oktober 1917:
Aerdingen, 6.30 Uhr bei Bomheuer.
Sonntag, den 4. November 1917:
Duisburg, Mülheim-Oberhausen. Die Delegierten-Generalversammlung findet 3.30 Uhr zu Duisburg statt.
Essen, Ortsverwaltung. Abends 6.30 Uhr findet im Rammmerhusaal des Stadt. Saalbaus die vierjährliche Generalversammlung statt, mit wichtigem Vortrag des Reichs- und Landtagsabgeordneten Fritzrat Dr. Bell über „Die Bedeutung der Übergangswirtschaft vor Krieg zum Frieden für die Industrie besonders die Metallindustrie und die Arbeiterklasse.“
Sessen, Essen, Sülme. Die Mitgliederversammlung findet nicht am 28. Oktober, sondern bereits am 25. Oktober statt.
Sessen, Essen, Nachmittags 5 Uhr bei Seffahrt, Mühlentor, Mitgliederversammlung.

Tüchtige, militärfreie
Feinmechaniker
 werden dauernd eingestellt.
Aktiengesellschaft Hahn für Optik und Mechanik
 Ihringhausen b. Cassel.

Gemeinnützige

Deutsche Volksversicherung
Wer
 Frau und Kinder für seinen Todesfall schützen und sich für sein Alter oder für die Ausbildung, Aussteuer oder den Erbfall seiner Kinder ein Kapital bis zu 2000 M. sichern will, wähle die besonders günstigen Tarife unserer gemeinnützigen Volksversicherung.
 Anfragen erbeten an:
Generalsekretariat d. Christl. Volksversicherung, Obm a. N., Beulowstr. 9.
 Mitarbeiter willkommen!

Unentbehrlich
 für jeden
Dreher
 ist die Verhältnis-Tabelle zum Bearbeiten von Gewinden ohne 127er Rad von Fr. Fuchs-Essen Preis 1.50 Mark.
 Zu beziehen durch die Geschäftsstelle des Verbandes in Essen, Frohnhauserstr. 19.
 Tüchtige selbständige
Heizungsmonteur
 sofort gesucht.
Carl Kurth,
 Remscheid.
 Kollegen
 agitiert für den
Verband!